

## Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2009 hat begonnen – es wird nicht nur ein Jahr wichtiger Wahlen, wie es jetzt überall heißt. Es wird vor allem ein Jahr brandgefährlicher Krisen in der Welt, in Europa und in Deutschland sein – ökonomische, kulturelle und politische Zusammenbrüche markieren überall und immer schneller aufeinander folgend die rasende Schussfahrt des Kapitalismus. Diesen Crash-Kurs überall und auch vor Ort hier in Dortmund aufzuhalten, bevor er in die Katastrophe steuert, wird es mehr brauchen als Wünsche und Wahlen.

Veränderungen müssen wir schon selber herbeiführen – politisch gravierende Veränderungen brauchen die Aktion draußen, sie sind nur durch den Druck aus Betrieben und Ausbildungsstätten, auf Straßen und Plätzen herzustellen. Wir werden uns beharrlich und konsequent daran

beteiligen, Gegenwehr und außerparlamentarische Bewegungen zu entwickeln und zu befördern.

Keine Bürgerin und kein Bürger will mehr glauben, dass dieser Staat kein Geld für sie hat. Jahrelang wurden alle sozialen Forderungen mit dem Argument "Kein Geld da" weggewischt und nun können über Nacht milliardenschwere "Schutzschirme" aufgespannt werden – für die Banken und Konzerne. Wenn sich Organisationen wie die Gewerkschaften, Attac, Sozialforen offensiver mit diesen Verhältnissen, mit der Eigentumsfrage und einer demokratischen Kontrolle der Eigentümer befassen, wird das von großem Nutzen für die weiteren Kämpfe sein.

Dass 2009 viele Menschen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für die eigenen Lebensziele und Interessen aktiv werden, wünschen wir Ihnen und uns.

## Herzlich grüßt Linkes Bündnis Dortmund

MAB Dortmund und Linkes Bündnis Dortmund zeigen den Film:



Sonntag, den 18. Januar um 14.00 Uhr im Roxy

Eintritt 6 €, ermäßigt 3€ (Erwerbslose, Student/innen, Schüler/innen)

Der Film des österreichischen Regisseurs, der zuvor *WE FEED THE WORLD* produzierte, wird einen Einblick geben in die globalisierte Weltwirtschaft, in die Geschäfte des Finanzkapitals, der Banken und Konzerne und die teils irrsinnigen Konsequenzen ihres Handelns.

Er zeigt aber auch, was es heißt, wenn "Geld arbeitet", wer die Werte schafft, mit denen an den Börsen und Finanzmärkten der Welt gehandelt und spekuliert wird. Er beleuchtet zudem welche Rolle die verschiedenen Regierungen, der IWF und die Weltbank spielen, wenn es darum geht, das Kapital möglichst hoch zu verzinsen.

107 Min., Farbe, Österreich 2008

Buch, Regie, Kamera: Erwin Wagenhofer, Regieassistenz/Ton: Lisa Ganser, Recherche: Corinna Milborn, Schnitt: Paul M. Sedlacek.

### Inhalt:

- Seite 2: Spendenaufruf für den Wahlkampf
- Seite 3: Flugblatt zur Finanzmarktkrise
- Seite 4: In Richtung Privatisierung
- Seite 5: Splitter aus dem Rathaus
- Seite 6: Marxismus zur Finanzmarktkrise

**Kommunalwahl 2009:**

Aufruf zur Unterstützung  
Spenden für den Wahlkampf



**Parteilose Linke, DKP und SDAJ**

c/o Oesterholzstraße 27, 44141 Dortmund

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Freundinnen,

je zerstörerischer die ökonomische und politische Krise des Kapitalismus auftritt – zurzeit wird sie Finanzmarktkrise genannt – umso verzweifelter und zugleich zweifelhafter die Rezepte der Parteien, die die Welt, das Land und die Stadt "retten" wollen. Am liebsten natürlich ohne die zerstörerischen Prinzipien anzutasten, ohne gesellschaftliche Konsequenzen, ohne "alle Verhältnisse umzustürzen" – also geradewegs in die nächste Krise schwimmend. Jetzt sitzen alle in einem Boot, der Streit der Parteien geht nur noch darum, wer steuert und wer rudert. Alle Koalitionen werden denkbar und machbar, auch die Partei Die Linke denkt über das Mitmachen nach - der aktuelle SPD-Vorsitzende hat bereits dazu eingeladen. Im Wahljahr 2009 wird alles möglich sein.

In dieser Situation hat das Linke Bündnis Dortmund sich entschlossen, zur Kommunalwahl erneut eigenständig zu kandidieren.<sup>1</sup> Ziel ist es, die grundsätzliche Opposition in der kommunalen Politik zu erhalten und sie nach Möglichkeit auszubauen. Wir sehen die außerparlamentarische Opposition in Betrieben und Verwaltungen, auf Straßen und Plätzen im Widerspruch zur herrschenden Politik - sie kämpft in Abwehr des Unerträglichen um mehr Wirkung und sucht den Weg für eine menschenwürdigere Perspektive. An ihrer Seite sehen wir unseren Platz, den wir nicht verlassen werden - weder für Koalitionsvereinbarungen noch für Beschlüsse von Rat und Verwaltungsvorstand, die etwas zu "retten" vorgeben. Wir sagen: Sozial vor Eigennutz. Staat vor Privat. Sozial is` muss!<sup>2</sup> Das braucht auch Argument und Stimme im Rathaus und in Bezirksvertretungen.

Der Beschluss zur Eigenkandidatur ist uns nicht leicht gefallen - das Linke Bündnis Dortmund ist nicht fremd finanziert und lebt von unbezahlter Mitwirkung und von Spenden seiner Mitglieder und Freund/innen. Dies reicht kaum für den politischen Alltag, für einen Wahlkampf ist es allemal zu wenig. Wir haben Euch/Sie einigermaßen regelmäßig über unsere politische Arbeit unterrichtet - nun fragen wir freimütig, ob es Euch/Ihnen möglich ist, den Wahlkampf des Linken Bündnis Dortmund durch eine Einzelspende oder, zwecks verträglicherer Verteilung im eigenen Haushalt, durch regelmäßige monatliche Spenden bis Juni 09 zu unterstützen.<sup>3</sup>

Wir brauchen diese Unterstützung und sichern persönlich zu, dass nichts davon verloren sein wird.<sup>4</sup> Zu Rückfragen stehen wir natürlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Gez. Udo Stunz  
Kassierer Linkes Bündnis Dortmund

Wolfgang Richter  
Ratsmitglied für Linkes Bündnis Dortmund

<sup>1</sup> Zuvor war der Versuch leider gescheitert, die Partei Die Linke zur Wiedergründung eines Wahlbündnisses der Linken in der Stadt zu gewinnen.

<sup>2</sup> Ein kurz gefasster Wahlaufdruck ist beigelegt, ausführlicheres Material kann angefordert werden, das Wahlprogramm und die Listen der Kandidat/innen werden zur Zeit erarbeitet und Ende Januar (Programm) bzw. Ende Februar (Kandidat/innen) beschlossen.

<sup>3</sup> Spenden an Wahlbündnisse sind wie an Parteien steuerlich absetzbar, die Möglichkeiten dazu sind verbessert worden. Wir übersenden gern weitere Information.

<sup>4</sup> Eine Aufstellung der Mittel und ihres zweckbestimmten Einsatzes führen wir selbstverständlich

Ein Flugblatt, das im Dezember vom Linken Bündnis Dortmund zur so genannten Finanzmarktkrise hergestellt und zu verschiedenen Gelegenheiten verteilt worden ist:



# linkes Bündnis DORTMUND

**Parteilose Linke, DKP und SDAJ**

c/o Oesterholzstraße 27, 44141 Dortmund

Im Internet: [www.linkes-buendnis-dortmund.de](http://www.linkes-buendnis-dortmund.de)

Schröder weg, Stoiber weg – aber sonst alles beim alten

*Bundesregierung "rettet" weiter:*

**500 Millionen € für Dortmund!**

**Langemeyer und Prüsse freuen sich!**

So könnten die Schlagzeilen lauten, wenn SPD und CDU in Berlin für die Städte und Gemeinden das gleiche Recht gelten ließen wie für die Banken in der Finanzkrise. 500 Milliarden Euro wurden von der Berliner Regierung den Banken, die sich im internationalen Kasino verzockt haben, als Bürgschaft und Bargeld zur Rettung „unseres Finanzsystems“ in den Rachen geschmissen. In nicht weniger als einer Woche ist dafür ein entsprechendes Gesetz durch den Bundestag gepeitscht worden.

Stellen wir uns vor, SPD/CDU in Berlin ließen die gleiche Wohltat wie den Banken jetzt auch den Städten und Gemeinden zugute kommen! Denn die Finanzen der Kommunen sind zerrüttet, viele Gemeinden stehen vor dem Ruin und sind bis über die Ohren verschuldet. Da macht Dortmund keine Ausnahme.

Es müssen ja keine 500 Milliarden sein! 500 Millionen würden in Dortmund - vernünftig verwandt - erstmal reichen, um die übelsten Folgen der Politik der großen Koalition aus CDUSPDFDP - ja, auch Grüne - in Bund, Land und in dieser Stadt zu beseitigen.

Kein Unterricht mehr in verrottenden Schulgebäuden und schimmeligen Containern, endlich Hilfe für die Menschen in den sozialen Brennpunkten unserer Stadt. Endlich die notwendigen Investitionen für das Klinikum, dessen Arbeitsplätze gerettet werden und in dem wieder menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Endlich genügend Personal in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Endlich Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Endlich wieder Investitionen in Vorhaben, die den Menschen und ihrer Daseinsvorsorge dienen anstatt den Profitinteressen einiger weniger.

Aber die herrschende Logik ist eine andere! Von wegen Wohltaten für die Menschen in dieser Stadt! Da heißt es täglich von interessierter Seite: Privat vor Staat. Steuern runter für die Reichen und Konzerne. Rentenklau, Mehrwertsteuer rauf, Lohndumping und Umverteilung von unten nach oben.

Und in Dortmund wissen die Provinzfürsten trotzdem immer noch Geld freizuschaukeln für Phönix-Seen, für kostspielige Umbauten ehemaliger Brauereikeller, für das xte Einkaufs- und Erlebniszentrum mit oder ohne Gleisanschluss und für das Millionengrab Flughafen.

ê Wir treten ein für eine Reform der Gemeindefinanzen, wodurch den Gemeinden dauerhafte und verlässliche Einnahmequellen gesichert werden.

ê Wir treten ein für ein kommunales Sofortprogramm in Höhe von 100 Mio. € in der Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik.

Von wegen, es ist kein Geld da!

Das Gegenteil wurde jetzt mal wieder aufs Deutlichste bei der Rettung „unseres Finanzsystems“ bewiesen.

**HEISSE EISEN**

Anlässlich der Personalversammlung der Stadtverwaltung am 10. Dezember 2008 – Schwerpunkt das kaputte Betriebsklima – verteilte die DKP Dortmund wie immer ihre Zeitung "HEISSE EISEN". Daraus wird hier der Artikel nachgedruckt, der sich mit Methoden für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben befasst - Entwicklungen, die als Perspektive zweifellos auch im Dortmunder Verwaltungsvorstand gehandelt werden:

**Weichen in Richtung Privatisierung gestellt!**

Mit seiner lange geheim gehaltenen Unterschrift unter die "Rahmenvereinbarung Partnerschaften Deutschland" hat Oberbürgermeister Langemeyer (SPD) gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand die Weichen in Richtung Privatisierung der Stadtverwaltung gestellt. Dortmund - in Sachen Neoliberalismus immer weit vorn - ist damit eine der bundesweit wenigen Städte, die an dem Modellprojekt "Partnerschaften Deutschland" teilnehmen. Unter dem harmlos klingenden Titel ÖPP (kommt von PPP, Public Private Partnership und bedeutet soviel wie "Öffentlich Private Partnerschaft") soll die Kommunalverwaltung für private Investoren geöffnet und profitable Teile derselben zur Privatisierung vorbereitet werden. Dabei geht es ausdrücklich auch um die Kernverwaltung, die sich mit hoheitlichen Aufgaben und der öffentlichen Daseinsvorsorge befasst.

Bekannt wurde das Ganze durch den Personalrat im Sommer des Jahres, der vom OB Auskunft verlangte und gleichzeitig dazu aufforderte diesem Modellprojekt nicht beizutreten. Frau Uthemann erklärte schließlich dazu, dass die Unterschrift Langemeyers bereits erfolgt sei!

Seit einigen Jahren schon wird fleißig an mehreren Orten an solchen Privatisierungsplänen gestrickt. Hierbei werden die Strippen von Lobbyisten der Großbanken und der Bauwirtschaft gezogen. Wichtiges Instrument hierfür ist unter Anderem die Bertelsmann-Tochter "Arvato", die als "Beratungsgesellschaft" unabdingbare Vorarbeiten erledigt. Diese international tätige Firma ist nicht dem Allgemeinwohl sondern nur den privaten Kapitalinteressen verpflichtet.

Arvato hatte vor einigen Jahren die Übernahme von kompletten Kommunalverwaltungen in England durch private Firmen eingefädelt und auch die Stadt Würzburg stellte Beschäftigte im Rahmen eines Projektes der Bertelsmann-Tochter Arvato zur Verfügung. Der Chef dieser Firma Arvato hält rund 20% aller Arbeitsplätze und Aufgaben in Kommunalverwaltungen für ausgliederungsfähig und schätzt ein, dass es bundesweit um einen Markt von mehr als 20 Milliarden Euro geht.

Bei solchen Märkten und Profitmöglichkeiten wollen die Minister in Berlin natürlich zeigen, wessen Interessen sie bedienen, und so waren das Bundesverkehrsministerium und das Bundesfinanzministerium neben Vertretern von Großbanken und Mc Kinsey an der Ausarbeitung der Rahmenbedingungen beteiligt.

Die "Bertelsmann und ÖPP-Kritiker" A. Klönne und W. Rühl ziehen folgendes Fazit: "Nutznießer der ÖPP-Variante sind primär Konzerne der Bauindustrie, Banken, Finanzierungsgesellschaften, Großkanzleien, Unternehmens- und Steuerberatungsfirmen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Auch der öffentliche Dienst wird im Rahmen von ÖPP Stellenabbau erfahren, nicht zuletzt wegen der

Verschiebung einer erheblichen Zahl von Angestellten in privatrechtlich organisierte ÖPP-Projektgesellschaften. Damit werden tarif- und arbeitsrechtliche Standards des öffentlichen Dienstes zur Disposition gestellt. Arbeitsplatzverluste sind vorprogrammiert."

Soweit so schlecht. Nicht verschwiegen werden sollte, dass die Privatisierer nicht ganz unbekümmert und sorgenlos sind. Schließlich scheiterten auch schon einige Privatisierungsprojekte (z.B. Stadtwerke) in bundesdeutschen Städten am Widerstand der Belegschaften und der Bürger. Schließlich hat sich doch langsam herumgesprochen, dass das Motto "Privat vor Staat" trotz seiner Propagandisten aus CDU, FDP, SPD und Grünen, zunehmend auf Widerspruch stößt.

Es ist mitunter zu hören, man solle doch privates Kapital an öffentlichen Unternehmungen beteiligen. Schließlich sind die öffentlichen Kassen klamm und es könnte ja für die Gesellschaft nützlich sein. Aber das ist eine gefährliche Illusion. Privates Kapital wird investiert, um Profite zu erwirtschaften, nichts sonst.

Öffentliche Interessen, und das sind sowohl die der Beschäftigten als auch die der Bürger, bleiben dabei auf der Strecke. Umwandlung bislang öffentlich strukturierter Bereiche in privatkapitalistische, das ist das Ziel. Und genau da ist die ÖPP-Strategie eine wichtige Etappe, ein Baustein. Und da kommen natürlich die völlig überschuldeten öffentlichen Haushalte, die ja bewusst kurz gehalten wurden, ganz recht.

Schließlich hat sich doch langsam herumgesprochen, dass das Motto "Privat vor Staat" trotz seiner Propagandisten aus CDU, FDP, SPD und Grünen zunehmend auf Widerspruch stößt.

Es ist als Erstes zu fordern, dass alle Pläne und Aktivitäten des Verwaltungsvorstandes aufzudecken und öffentlich zu diskutieren sind. Die gegebene Zustimmung zu der Rahmenvereinbarung, die ja einen wichtigen "Türöffner" darstellt, ist zurückzuziehen. Alle eingeleiteten Privatisierungsschritte (z.B. Feuerwache Hörde) sind unverzüglich zurückzunehmen. Wir brauchen ein kommunales Bündnis aus Beschäftigten, Personalrat, Gewerkschaften, Bürgern und Organisationen dieser Stadt, das gemeinsam über Privatisierungsschritte informiert und Widerstand organisiert.

Dass es nun sehr ernst wird, zeigen nicht nur Praktiken wie in England, wo in Projekten große Teile von Verwaltungen outgesourct und zu wesentlich niedrigeren Löhnen von Privaten erledigt werden. Für uns in Dortmund ist auch wichtig, dass der frisch gekürte Kandidat der CDU und der FDP, ein gewisser Pohlmann, schon großspurig die Privatisierung des öffentlichen Dienstes zum zentralen Programmpunkt machen will.

Verhindern wir's! Aber nicht nur bei den Wahlen!

Das Dortmunder Bündnis Demokratische Energiewende kommunal\* lädt ein:

"Investition in Ineffizienz und Wahnwitz" – die aktuelle Geschäftspolitik der RWE  
Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Matthias Corbach, Markus Dufner, Kurt Berlo

Montag, den 19. Januar 2009 um 19.00 Uhr in der Auslandsgesellschaft NRW (Nordausgang Hbf)

\* AKOPLAN, attac, Die Grünen, Die Linke, Linkes Bündnis, Faktion die Linken im Rat, Mieterverein (jeweils in Dortmund)

## Splitter aus dem Rathaus 18.12.2008

*Vorbemerkung: Die Sitzungstermine von Rat und Ausschüssen, Tagesordnungen, Vorlagen und Protokolle sind auf der Homepage der Stadt – <http://www.dortmund.de> – zu finden. Nachdem die Fraktion "Die Linken im Rat" eine eigene Homepage – [www.die-linken-im-rat-dortmund.de](http://www.die-linken-im-rat-dortmund.de) – eingerichtet hat, werden Berichte aus dem Rat und aus den Ausschüssen aus ihrer Sicht dort gegeben. Hier werden nun nur noch ausgewählte Themen, Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge aus der Sicht des "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" wiedergegeben, für das Wolfgang Richter in den Rat gewählt wurde. Aus Platzgründen können dies nur Auszüge sein – Splitter – mehr dazu ist auf unserer Homepage selbst zu finden: [www.linkes-buendnis-dortmund.de](http://www.linkes-buendnis-dortmund.de)*

### Weihnachtshilfe

Der Antrag der Fraktion "Die Linken im Rat" auf eine Weihnachtshilfe für den Personenkreis, der sie benötigt, wurde wie "alle Jahre wieder" von allen Fraktionen abgelehnt. Kein Kommentar.

### Autozentrum Stadtkrone Ost

Einmal mehr soll hier ein städtebaulicher Vertrag "angepasst" werden. Was heißt "Anpassen"? Es heißt Anpassen an die raue Wirklichkeit, die in den großen Plänen spekulierender Vertragsparteien – private Investoren auf der einen und kommunale Politik auf der anderen Seite – nur allzu gern ausgeblendet wird. Ja, man nennt es Spekulieren, wenn ohne Analyse der Realitäten geplant wird und Tatsachen vertraglich geschaffen werden, die nicht eingehalten werden können – man nennt es betrügerisches Spekulieren, wenn das bewusst betrieben wird. ....

Den Kapitalisten kann das nicht abgewöhnt werden – es ist ihr Leben und ihr Prinzip, auf Teufel komm raus zu konkurrieren, auf Kosten Dritter zu gewinnen oder zu verlieren, Menschen auszubeuten, Natur und Ressourcen zu ruinieren und immer neue Anlagemöglichkeiten zu suchen, ständig das Leben der Gesellschaft umzuwälzen. Politisch verantwortungsbewusste Planung hat das zerstörerische Moment dieses Prozesses im Interesse der Gemeinschaft und der Menschen in den Planungsbereichen zu bändigen.

Neoliberale Kommunalpolitik – Dortmunder Planungs- und Entwicklungspolitik – aber macht, was Investoren wollen, und schließt städtebauliche Verträge ab, wie die es wollen. Anpassen an die raue Wirklichkeit können wir das immer noch – so die "Dortmund-Regel", die alle Aussicht hat, zum Sprichwort zu werden. Allein heute sollen wir drei solche "Anpassungen" politisch absegnen. Was in solchen Prozessen fehlgeplant wird, was an Lebensqualitäten verloren geht, kann oft nicht mehr repariert werden.

Im vorliegenden Fall soll nun der Eintritt der rauen Wirklichkeit wieder einmal von den Anwohner/innen "bezahlt" werden. Die Partnerin in der hoch spekulativ angelegten Vertragssituation soll schlicht von ihren Verpflichtungen befreit werden – "Anpassen" meint hier einfach: Lärmschutz muss man nicht übertreiben. Doch – Lärmschutz ist ein hohes Gut, das kann man gar nicht genug schützen und das darf nicht privater Spekulation in Tateinheit mit öffentlicher Fehlplanung geopfert werden. ....

### Glashalle auf dem Hansaplatz

Der Hansaplatz und Teile seiner Randbebauung sind denkmalgeschützt und auch denkmalwürdig. Dies ist Ihnen nie viel wert gewesen und wird es Ihnen immer weniger. Dieser Platz hat ja darin eine unrühmliche Geschichte – hier wurde eine der baukulturell und –historisch wichtigsten Stadtbibliotheken der Nachkriegsgeschichte abgeris-

sen und einer Allerwelts-Kaufhaus-Architektur geopfert. Auf diesem Weg sollten wir einhalten.

Der Hansaplatz wurde als Ensemble mit bedeutender öffentlicher Förderung hergestellt und gestaltet, seine Eröffnung wurde groß bejubelt und gefeiert – das ist gar nicht so lange her. ....

Der hiesige Fachmann für Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Ausschussvorsitzende Hengstenberg (CDU), hat den Platz, weil ich ihn zu erhalten vorschlug, mit einem "kommunistischen Aufmarschplatz" verglichen – er scheint auch ein Fachmann für sozialistische Platzgestaltungen zu sein, aber hier irrt er gründlich: Dieser Platz ist in seiner Gliederung und Strukturierung ein gelungenes Beispiel für gut bürgerliche Citygestaltung in einer ästhetischen Aufbruchstimmung. ....

Sie schlagen der eigenen Geschichte hier einmal mehr ins Gesicht – das tut auch finanziell weh, denn Sie müssen Rechte an der Gestaltung des Platzes abbezahlen und Sie müssen Fördergelder zurückerstatten. Dass Sie hier wieder etwas vernichten wollen, was Sie noch vor historisch kurzer Zeit bejubelten, gehört zu Ihrer Idee von Stadtentwicklung und –gestaltung – hau weg, wenn eine Investition winkt, egal was und wie. Die vertraglich vor gut zehn Jahren vereinbarte Investition war aber eine Markthalle. .... Nun aber "passen Sie den Vertrag an" – das von Ihnen "Glashalle" genannte Ding wird keineswegs durchsichtig und praktisch unsichtbar sein – die Randbebauung wird entgegen Ihrer Behauptung als Platzbegrenzung verschwinden, denn in der Halle wird es zwar viel Glas geben, aber auch viel hart gebautes Innenleben – Küche, Lager, WCs, das ganze Programm, das sich besser verhält, als offen auf dem Markt ausgetragen zu werden. Es sollen zudem Emporen eingebaut werden, das klingt auch nicht nach Glas. Die große Bude zerstört den Platz.

Wieder behaupten Sie, das Ding muss unbedingt her, weil es neue Qualitäten mit sich führt – Herr Harnisch (SPD), auch ein profunder Stadtplaner und –entwickler, findet an manchen Tagen im Sommer keinen Sitzplatz in der City, keine ihm angemessene Qualität in der Bewirtung usw. Dieser Ort ist aber umstellt von Bewirtung – in Menge und Vielseitigkeit, Quantität und Qualität, drinnen wie draußen. Überproduktion, Verdrängung und Leerstand finden in der City laufend statt, auch in diesem Sektor.

Die Qualitäten werden wieder ganz hoch gehandelt, die werden Sie gewiss wieder in einem "städtebaulichen Vertrag" fixieren und später einmal in einer Verpachtung realisieren wollen. Da wird sich dann entscheiden, ob die "Glashalle" ein Fünf-Sterne-Café oder eine Pommestube wird. Notfalls aber werden Sie den städtebaulichen Vertrag ja schnell anpassen können.

Wieder benötigen Sie eine "Umwidmung" öffentlicher Nutzung zugunsten einer Investorengruppe mit privater Renditeerwartung – noch aber ist gar nicht klar, welche Rechte der Private an der Grundfläche haben wird. Plant, baut und verpachtet er das Ding oder verpachtet die Stadt es oder der Betreiber der Tiefgarage? Oder was wird hier rechtlich und finanziell werden? Auf jeden Fall und in großer Unsicherheit, man kann auch sagen spekulativ, wollen Sie zur öffentlichen Nutzung gewidmete Fläche schon einmal wieder umwidmen. ....

### Ehemalige Thierbrauerei

Auch hier: "Anpassen" der zugesagten "Qualitäten" nach unten und hier zusätzlich ein Freifahrtschein für vorgezogene Plan- und Baugenehmigungen (Kritik am Projekt ausführlich in Heft Okt 08)

Ergebnisse: Die Fraktion lehnte die drei Beschlussvorlagen – gegen unterschiedlich große Koalitionen – ab.

Die Marxistische Arbeiterbildung Dortmund (MAB) bietet eine kluge Veranstaltungsreihe an, mit der das Geheimnis der so genannten "Finanzmarktkrise" entschlüsselt werden kann. Man wird erkennen können, dass es sich um mehr handelt: Um eine Krise des kapitalistischen Prinzips selbst. Das global agierende große Kapital ist an seine Grenzen gestoßen und bettelt nun die Staatskassen leer, mit erkennbar verheerenden Folgen. Die Eröffnung der Reihe findet mit "Let's make Money" im Kino statt, dann folgen drei Abende voller Diskussionen im Z – es wird gut sein, die ganze Reihe zu besuchen.

<p>Erwin Wagenhofer's <b>LET'S MAKE MONEY</b> (Filmvorführung, 107 min.)</p> <p>Den Start in die vierteilige Reihe zur Finanz- und Wirtschaftskrise, wird eine Sondervorstellung des Films <i>Let's make MONEY</i> machen. Der Film des österreichischen Regisseurs, der zuvor <i>WE FEED THE WORLD</i> produzierte, wird einen Einblick geben in die globalisierte Weltwirtschaft, in die Geschäfte des Finanzkapitals, der Banken und Konzerne und die teils irrsinnigen Konsequenzen ihres Handelns.</p> <p>Er zeigt aber auch, was es heißt, wenn "Geld arbeitet", wer die Werte schafft, mit denen an den Börsen und Finanzmärkten der Welt gehandelt und spekuliert wird. Er beleuchtet zudem welche Rolle die verschiedenen Regierungen, der IWF und die Weltbank spielen, wenn es darum geht, das Kapital möglichst hoch zu verzinsen.</p> 	<p><b>Ende der Party:</b> Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft (Vortrag und Diskussion)</p> <p>Die aktuelle Finanzkrise ist nicht irgendeine Krise, sie ist durch ihr besonderes Ausmaß und den Ausbruch im Kernland des Kapitalismus, den USA, gekennzeichnet. Sie schlägt zudem spürbar auf die "Realwirtschaft" über und wächst sich zu einer Weltwirtschaftskrise aus.</p> <p>Lucas Zeise hat sich u.a. in seinem kürzlich erschienen Buch <i>Ende der Party: Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft</i> mit der Finanzkrise auseinandergesetzt. Er geht den Ursachen, Ausgangsbedingungen und Auswirkungen dieser spezifischen Krise auf den Grund und beschreibt, wie Banken und Politiker mit ihren Rettungsaktionen versuchen, einen Großteil der Verluste zu "sozialisieren". Seine These: Diese Krise beendet die neoliberale, vom Finanzmarkt dominierte Phase der Globalisierung.</p> <p><i>Lucas Zeise ist seit mehr als zwanzig Jahren Finanzjournalist. Er hat Volkswirtschaft studiert und u.a. für das japanische Wirtschaftsministerium und die Frankfurter "Börsen-Zeitung" gearbeitet. Er war zudem an der Gründung der "Financial Times Deutschland" beteiligt, in der er noch regelmäßig publiziert.</i></p>	<p><b>linkes Bündnis DORTMUND</b> Parteilose Linke, DKP und SDAJ</p> <p>im Internet: <a href="http://www.linkes-buendnis-dortmund.de">www.linkes-buendnis-dortmund.de</a></p> <p>Was scheinbar mit "faulen" Immobilienkrediten für Eigenheime in den USA begann, stürzte einstige Giganten der Banken- und Versicherungswelt in den Abgrund. Aus der Immobilienkrise wurde die Finanzkrise, die rund um den Globus die Kurse in den Boden trieb und die Finanzmärkte erschütterte. Doch nicht nur der globale Finanzzirkus hat einen schweren Schlag erlitten, auch die "Realwirtschaft" ist schwer in Mitleidenschaft gezogen. Politik und Wirtschaft schnüren nun Rettungspakete, die wie so oft die arbeitenden Menschen bezahlen sollen.</p> <p><b>Aber wie konnte es zu einer solchen Krise der Finanzmärkte kommen?</b> <b>Wieso wirkt sich dies auf die "Realwirtschaft" so dramatisch aus?</b> <b>Was steckt hinter Spekulation, Blasenbildung und den Finanzmärkten?</b> <b>Wie wirkt sich die Krise vor Ort, in den Städten aus?</b> <b>Und wie sollte der Krise begegnet werden?</b></p> <p>Diesen Fragen wollen wir in einer vierteiligen Veranstaltungsreihe nachgehen. Dazu laden wir alle Interessierten ein, sich zu informieren und mit zu diskutieren.</p> <p>Vi.S.d.P. Daris Borowski, Oesterholzstraße 27, 44145 Dortmund</p> 
<p><b>18. Januar 14h</b> Kino "ROXY", Münsterstraße 95 Eintritt 6€, ermäßigt 3€ (Schüler, Studenten, Erwerbslose)</p>	<p><b>22. Januar 19h</b> "Z" Zentrum für Politik und Kultur, Oesterholzstraße 27 Referent: Lucas Zeise</p>	

<p><b>Kapitalismus und Krise</b> ...was es heißt, wenn das Geld arbeitet (Vortrag und Diskussion)</p> <p>Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, so schwer und besonders sie auch sein mag, ist nicht die erste und nicht die letzte Krise, die das kapitalistische Wirtschaftssystem hervorgebracht hat. Immer wieder kommt es vor, dass die Wirtschaft in Teilen zusammenbricht, dass Spekulationsblasen platzen und tausende Menschen ins Elend gestürzt werden.</p> <p>Warum aber ist das so? Was steckt dahinter und wie erklären sich diese Krisenerscheinungen? Klaus Wagener wird basierend auf einer grundsätzlichen polit-ökonomischen Analyse verdeutlichen, was die Krisenhaftigkeit des Systems ausmacht und wie es zu Spekulation und "Blasenbildung" kommen kann. Er wird die einzelnen Bestandteile (z.B. die Kreditschöpfung) und Zusammenhänge dieses komplizierten Sachverhalts erläutern und somit auch die Vorgänge in der aktuellen Krise verständlicher machen.</p> <p><i>Klaus Wagener publiziert u.a. in den Marxistischen Blättern, der Jungen Welt und der UZ. Er befasst sich seit Jahren mit wirtschaftlichen Themen und ihrer polit-ökonomischen Analyse.</i></p>	<p><b>Kommunisten und Krise</b> ...warum der Sozialismus notwendig ist (Vortrag und Diskussion)</p> <p>Das kapitalistische Gesellschaftssystem kann sich nur krisenförmig entwickeln. In ihm ist die Wirtschaft nicht für den Menschen, sondern der Mensch für die Wirtschaft da. Profitmaximierung und nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind das Ziel der Ökonomie. Für die große Mehrheit der Lohnabhängigen gibt es deshalb keine krisensichere Existenzgrundlage, keine Planbarkeit für sich und ihre Familien. Für den allergrößten Teil der Menschheit sind die Folgen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse katastrophal.</p> <p>Was aber tun? Wie ist der aktuellen Krise zu begegnen und was kann langfristig unternommen werden?</p> <p>Beate Landefeld wird Schlussfolgerungen aus der Krise ziehen und Forderungen aus marxistischer Sicht entwickeln. Dabei wird es darum gehen, sowohl zum aktuellen Geschehen Position zu beziehen, aber auch darum, langfristig auf eine Veränderung der Verhältnisse hinzuwirken.</p> <p><i>Beate Landefeld ist Mitglied der Redaktion der Marxistischen Blätter und hat in ihrer Jugend einige Zeit im heutigen Krisenland Nr.1, den USA gelebt.</i></p>	<p><b>MAB DORTMUND</b> MARXISTISCHE ARBEITERBILDUNG</p> <p>Finanzkrise - Wirtschaftskrise <b>Systemkrise</b></p> 
<p><b>12. Februar 19h</b> "Z" Zentrum für Politik und Kultur, Oesterholzstraße 27 Referent: Klaus Wagener</p>	<p><b>19. Februar 19h</b> "Z" Zentrum für Politik und Kultur, Oesterholzstraße 27 Referentin: Beate Landefeld</p>	<p><b>Veranstaltungsreihe</b> Januar-Februar 2009</p>